Das AKW Grohnde ist nicht sicher!

Stadt Bielefeld engagiert sich für Weiterbetrieb

Zusammenfassung der Notaus-Initiative des Aktionsbündnis "Bielefeld steigt aus":

Notaus-Forderungen abgelehnt [Stand 7. Juli 2017]:

Unser Ziel ist es weiterhin, einen zukünftigen Störfall oder INES-7-"Major Accident" wie in Fukushima zu verhindern! Ähnlich wie beim AKW in Fukushima gibt es auch beim AKW Grohnde bekannte Gefahren, für die das AKW nicht ausgelegt ist.

Seit 38 Jahren verteidigen Vertreter*innen der Stadt Ihr AKW

Auszug aus der NW vom 18. April 1979

Appell zur Energieeinsparung Oberbürgermeister: Wir stehen als Politiker zu Grohnde

Sicherheitsfrage steht weiter im Vordergrund

Bielefeld (-ass-). Trotz aller Protestaktionen und dem Zwischenfall im amerikanischen Kernkraftwerk Harrisburg bleiben die Politiker nach den Worten von Oberbürgermeister Klaus Schwickert auch weiterhin in der Verantwortung für den beginnenden Reaktorbau in Grohnde an der Weser. Schwickert, der Aufsichtsratsvorsitzender der Bielefelder Stadtwerke und gleichzeitig Vorsitzender des Gemeinschaftskraftwerks Weser (GKW) ist, wies auf Anfrage der NW gestern Spekulationen zurück, wonach ein Verkauf von Gesellschafter-Anteilen an den Grohnde-Baupartner Preußen-Elektra in Erwägung gezogen wurde, um so als Stadt Bielefeld und als Parteipolitiker aus der Schußlinie der Kernkraftgegner zu gelangen. Einen solchen Verkauf bezeichnete der Oberbürgermeister als "Überlegungen einzelner Personen", die aber nicht auf der Tagesordnung der Gesellschaften stehen.

Auf der Sitzung des Verwaltungs- rung aus den Vorfällen von Harris-

Bürger*innen fordern Notaus:

Notaus für das AKW Grohnde war eine Kunst- und Protestaktion des Aktionsbündnis "Bielefeld steigt aus". Das "Bielefelder" AKW Grohnde wurde mit einem Fahrradanhänger zu den Nachtansichten am 29. April 2017 in die Innenstadt geholt. BürgerInnen konnten es per "Notaus" abschalten. Warum das Ganze? Die Stadtwerke Bielefeld sind Hauptsponsor der "Nachtansichten" und unternehmen - wie die Bielefelder Lokalpolitik - zu wenig für die Stilllegung Ihres nahen AKW.

Eine "Bitte um Stellungnahme" wurde an die Bielefelder Parteien und die Kandidierenden für den Landtag NRW verschickt. Am 11. Mai 2017 wurde eine Bürgeranregung nach § 24 GO NRW bei der Stadt eingereicht. Sie wurde am 4. Juli 2017 im Bürgerausschuss öffentlich besprochen, der sie an den Hauptausschuss am Donnerstag dem 6. Juli 2017 überwies. Dort wurden unsere Anregungen abgelehnt. Sie gaben Hinweise, wie sich die Stadt Bielefeld auch als Miteigentümer des AKW verantwortungsvoll verhalten und eine schnellere Stilllegung des AKW erreichen kann. Stattdessen wurde die Beschlussvorlage der Paprika-Koalition (SPD, GRÜNE, PIRATEN/BÜRGERNÄHE) angenommen, die für die Ohren von Atomkraftgegner*innen nach einer verharmlosenden Laufzeitgarantie klingt:

"Der Rat der Stadt Bielefeld appelliert an den Betreiber des Kernkraftwerks Grohnde PreussenElektra sowie an die Aufsichtsbehörde, auch weiterhin alles Erforderliche zu tun, den rechtlich bis zum vereinbarten endgültigen Ausstieg aus der Kernenergie zugesicherten Betrieb des Kernkraftwerks Grohnde nur unter der Auflage höchstmöglicher Sicherheitsvorkehrungen fortzuführen"

Die Leiterin des Rechtsamtes der Stadt hatte im Bürgerausschuss Bedenken wegen einer sogenannten "Treuepflicht" des Rates gegenüber den Stadtwerken geäußert, wenn man die schnellere Stilllegung des AKW fordere. Das Aktionsbündnis "Bielefeld steigt aus" sieht eine "Treuepflicht" des Rates und der Katastrophenschutzbehörde Bielefeld gegenüber Ihren Bürger*innen, sich auf allen Ebenen für die schnellere Stilllegung eines gefährlichen Atomkraftwerkes einzusetzen, das nur 60 km von Bielefeld entfernt betrieben wird!

Jens Julkowski-Keppler von den GRÜNEN erklärte im Hauptausschuss, wortreich aber wenig überzeugend, warum man persönlich gegen Atomenergie sei, aber wegen den Rahmenbedingungen trotzdem nicht die Stilllegung fordern könne. Zudem sei die Atomaufsicht in Niedersachsen ja in Händen des (von AKW-Anwohnern beklagten!) GRÜNEN Ministers Stefan Wenzel gut aufgehoben und es wäre deshalb auch viel sicherer.

Zuvor hatte die BÜRGERNÄHE per Pressemitteilung erklärt, dass Sie die Forderung der sofortigen Stilllegung des AKW Grohnde unterstützt. Ein Vertreter von PIRATEN/BÜRGERNÄHE machte in der Sitzung deutlich, dass die Ratsgruppe im Hauptausschuss nicht stimmberechtigt ist.

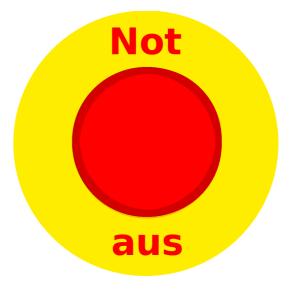
Die LINKE hatte mit einem Änderungsantrag dafür geworben, dass sich die städtischen VertreterInnen zumindest innerhalb der Aufsichtgremien der Stadtwerke für eine schnellere Stilllegung des AKW einsetzen, auch das wurde abgelehnt.

Die CDU stiftete Verwirrung, indem sie auf die alte Diskussion um den Verkauf der AKW-Anteile zu sprechen kam, die ja erledigt sei. Darum ging es auch nicht. Wer Miteigentümer ist, muss auch die Folgen tragen: Die Forderung ist Stilllegung des AKW, kein Verkauf der Anteile!

Dorothea Becker von der BFB unterstellte, die Notaus-Kampagne sei von den LINKEN gemacht, weil sie beim Eingeben der Webseite bei den LINKEN gelandet sei: Da hat Google Ihnen einen Streich gespielt, Frau Becker! Ihr Tippfehler führte Sie vermutlich zu einer Erwähnung der Kampagne.

SPD-Vertreter Georg Fortmeier versuchte sich in verharmlosender Propaganda: "Es sind ja gar keine Störfälle passiert". Haben wir auch nicht gesagt. Es gab Zwischenfälle und mehr als 250 "meldepflichtige Ereignisse" im AKW: Einen Todesfall bei Wartungsarbeiten, Defekte wegen Materialermüdung und Wartungsfehler am Kühlkreislauf, die Fremdkörper in den Reaktor trugen und hohe Kosten und Stillstand verursacht haben. Umgangssprachlich wird Störfall synonym für jeden Zwischenfall in einem AKW genutzt, er beginnt laut INES-SKALA für radioaktive Ereignisse aber erst bei Freisetzung oder Explosionen im AKW.

Jetzt Notaus drücken!



Aktionsbündnis "Bielefeld steigt [nicht] aus"

August-Bebel-Str. 16-18 33602 Bielefeld

http://www.bielefeld-steigt-aus.de/notaus